Neue Edition des „Manifests“

Gareth Stedman Jones, Das Kommunistische Manifest von Karl Marx und Friedrich Engels. Einführung, Text, Kommentar aus dem Englischen von Catherine Davies, Verlag C. H. Beck, München 2012, 319 S., 14,95 Euro

Noch ein englischer Professor, den es treibt, sich zu Marx zu äußern. Die Freude über Terry Eagletons *Warum Marx recht hat* (Berlin 2012) war noch lebendig, Eric Hobsbawms schönes Buch *Wie man die Welt verändert* (München 2012) – übrigens auch mit einem Kapitel über das *Kommunistische Manifest* – war eben aus der Hand gelegt, als vorliegende Edition ins Haus flatterte.

Wie verschieden sie sind, und wie es doch einen objektiven Grund für diese Häufung geben wird. Großbritannien muss wohl, wie schon zu Marx' und Engels' Zeiten, ein bevorzugtes Pflaster für die Beobachtung von Widersprüchen der kapitalistischen Welt sein? Der katastrophale Niedergang der Industrie mit hoher Arbeitslosigkeit und Jugendunruhen im Gefolge, die lang andauernde Auflösung des Commonwealth, die überdimensionierte Rolle des Banken- und Finanzzentrums London, die unklare Haltung zum vereinigten Europa, die unlösbare Krise in Nordirland und manch andre trübe Anzeichen lassen nach Autoritäten für Krisenanalyse umschauen.

Zunächst ist zu begrüßen, dass wieder eine Ausgabe mehr des *Manifests* vorliegt, mit allen späteren Vorreden von Marx und Engels und mit vielen gelehrten Anmerkungen.

Der Hauptteil des Buches, die Einführung mit ca. 200 S., wurde schon 2002 geschrieben und veröffentlicht, jedoch ist seitdem erschienene Literatur jetzt teilweise berücksichtigt, darunter neue Bände der MEGA, deren Bedeutung J. würdigt. Aber der Haupttext ist mehr als ein Jahrzehnt alt, entstand in der nun schon wieder ein wenig antiquierten Atmosphäre des (zumindest in dieser Form und diesem Tempo) unerwarteten Zerfalls der Sowjetunion, der Euphorie des Berliner Mauerfalls, des „Sieges über den Kommunismus“, und man sollte dem Autor zugutehalten, dass er heute diese oder jene Formulierung vielleicht schon wieder etwas anders fassen würde.

Gerade in einem Text über das *Manifest* sollte klar und deutlich hervorgehoben werden, dass seine auf die freie und allseitige Entfaltung des Individuums gerichtete Kernforderung („An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“) in den Ländern des „realen Sozialismus“ weder erkannt noch erfüllt wurde. Aus diesem Grunde – aber bei weitem nicht nur aus diesem – hat Marx mit dem Fiasko des „realen Sozialismus“ im Prinzip nichts zu tun. Gerade am ständigen aber unverständigen Berufen aufs *Manifest* und im Zitieren seines Kernsatzes in den Parteiprogrammen dieser Zeit zeigte sich theoretische Stagnation, enthüllte sich das Abweichen von Marx, der sein Leben lang auf unvoreingenommenes, kritisches Weiterforschen bestanden hatte. Daher liegt der Versuch, eine Gesellschaftsordnung (auch) auf den Erkenntnissen von

Marx zu gründen, nicht hinter, sondern vor uns, wenn wohl auch in einer ziemlich fernen Zukunft.

Wenn J. postuliert (S. 17), vieles, was im *Manifest* behauptet wird, sei „eher dem Reich der Mythologie als dem der Fakten zuzuordnen", liegt das zum einen an seiner Hauptthese, der Marxismus stamme aus „einer religiösen Reformbewegung", zum anderen an der Tatsache, dass im *Manifest* die Ökonomie noch wenig begründet ist. Aber Marx hat – und das sollte man doch bei dieser Gelegenheit erwähnen – in den ihm nach dem *Manifest* noch verbliebenen drei Jahrzehnten seine Gesundheit und das Glück seiner Familie dafür geopfert, diesen wissenschaftlichen Beweis nachzuliefern!

Umfassender als andere Autoren bezieht J. die junghegelianische Debatte in die Vorgeschichte des *Manifests* ein, aber das war keine religiöse Bewegung, sondern von Anfang an, schon bei Strauß, eine religions*kritische*, wenn auch nicht in der provokativen, schädlichen Form wie dann später bei Bruno Bauer. Theoretisch führende Junghegelianer wie Heine, Hagen, Echtermeyer, Köppen sprachen von einer „neuen Reformation", in der es nicht um Änderungen der Kirchenlehre ging, sondern um eine vom Gedankengut der Aufklärung inspirierte Vermittlung des antiken Denkens mit der Weltanschauung des 16. bzw. 19. Jahrhunderts, um völlige Überwindung von Mystizismus, Scholastik und Lebensfeindlichkeit. Es ging Hegel und den Junghegelianern nicht um Religion, sondern um Aufklärung, freie Wissenschaft, Herrschaft der Vernunft, Befreiung des Individuums.

Die Tendenz der Einführung von J. geht dahin, den Kern der kommunistischen Analyse von 1848 verschwimmen zu lassen. Der Leser wird nicht genügend auf die einfache aber entscheidende Tatsache hingeführt, dass das *Manifest* aus einer jahrelangen Programmdiskussion hervorging, dass es als Auftragsarbeit einer sich konstituierenden Partei, des Bundes der Kommunisten, verfasst wurde, dass diese Partei und das *Manifest* in untrennbarer Einheit entstanden. Die seit 1973 vorliegende Broschüre *Wie das Manifest entstand* (in 8 Sprachen übersetzt) wird nicht erwähnt, die 3-bändige Dokumentenpublikation *Der Bund der Kommunisten* ohne Herausgebervermerk zitiert und die einzige Monografie zur Geschichte des Bundes der Kommunisten (Frankfurt a.M. 2003) – die Eric Hobsbawm noch kurz vor seinem Tode mit Interesse zur Kenntnis nahm – mit keinem Wort erwähnt. Diese ungenügende Vertrautheit mit der Spezialliteratur führte (S. 24) zum Reinfallen auf einen irreführenden Artikel; natürlich erfolgte der Erstdruck des *Manifests* nicht in Deutschland, sondern im Februar 1848 in London.

In einer Fußnote auf S. 24 ist Helen Mcfarlane erwähnt, die Autorin der ersten Übersetzung des *Manifests* ins Englische aus dem Jahre 1850. Das ist Anlass genug zu erwähnen, dass nun endlich eine Biografie dieser mutigen und lebensvollen Frau vorliegt, aus der Feder der schottischen Historiker David Black und Louise Yeoman[1].

Martin Hundt

---

[1] Woman with a Past. Episode 3 Helen Mcfarlane Presented by Susan Morrison http://www.bbc.co.uk/programmes/b01nxw6g

Engels' Geschichte Irlands

Marx-Engels Jahrbuch 2011, hrsg. von der Internationalen Marx-Engels-Stiftung Amsterdam, Akademie Verlag, Berlin 2012, 263 S., 39,80 Euro

Der Themenschwerpunkt des Jahrbuches lautet: „Friedrich Engels ‚Geschichte Irlands' (1869/70) im Kontext der deutsch-irischen Beziehungen im 19. Jahrhundert." Es handelt sich also um ein Buch über ein Buch, das nie zu Ende geschrieben und dessen zwei tatsächlich vorhandene Kapitel nicht einmal ins Jahrbuch aufgenommen wurden.

Faktisch ist es ein Tagungsband. Im August 2011 führten die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften und das Zentrum für deutsch-irische Studien in Limerick mit Unterstützung der irischen Botschaft in Berlin eine Konferenz zu diesem Thema durch. Sie behandelte neben dem Fragment auch Engels' umfangreiche Vorarbeiten zu diesem Buch, seine Exzerpte zur Natur-, Sozial- und Politikgeschichte Irlands, die noch nicht in der MEGA erschienen sind. Ein Blick ins Inhaltsverzeichnis ruft daher Verwunderung darüber hervor, dass von den zehn Autoren zu diesem Themenschwerpunkt sich nur zwei direkt mit Engels' Texten und weitere zwei mit seinem praktischen Verhältnis zu Irland beschäftigen.

In der Tat hatte Friedrich Engels im Jahr nach seiner zweiten Irlandreise von 1868 damit begonnen, eine Geschichte Irlands zu schreiben. Er studierte die umfangreiche Literatur, seine Liste umfasst allein 150 Titel, und sichtete zahlreiche historische Quellen. Er vertiefte sich in altirische Quellen und begann, Irisch zu lernen, um die englischen Quellenübersetzungen mit den irischen Originalen vergleichen zu können. Von den Darstellungen zog er vor allem englischsprachige und deutschsprachige heran. 1870 begann er mit der Niederschrift: Zwei Kapitel wurden fertig, eines über „Naturbedingungen", ein anderes über „Altirland". Diese Fragmente sind im MEGA-Band I/21 publiziert. Für zwei weitere Kapitel, „Englische Eroberung" und „Die englische Herrschaft", existieren vorbereitende Exzerpte, Notizen und Bemerkungen. Außerdem liegen umfangreiche Textauszüge in 16 Heften von Engels zu Irland vor, deren Edition einen ganzen Band der MEGA füllen wird. Wegen des deutsch-französischen Krieges 1870 unterbrach Engels die Arbeit – und nahm sie nicht wieder auf.

Friedrich Engels wollte eine wissenschaftlich fundierte Geschichte und Landeskunde Irlands schreiben, er berücksichtigte naturhistorische, historische, juristische, wirtschaftliche und soziale Aspekte dieser Geschichte. Jürgen Herres umreißt im Jahrbuch Engels' Herangehen und resümiert dessen Positionen. Er zitiert zustimmend die Auffassung von Jenny Marx (Tochter), dass Engels sein Irland-Buch als eine Art Fortsetzung seiner „Lage der arbeitenden Klasse in England" von 1844 plante. (15)

Sein Ausgangspunkt sind die Naturbedingungen der Insel. „Wofür bestimmte das Klima die irische Insel? Für Ackerbau oder für Viehzucht oder für beides? Derlei Naturtatsachen waren für Engels historisch und politisch bedingte Tatsachen." (Herres,

S. 15) Aus Engels' Sicht „konnte Englands Eroberung der Nachbarinsel weder durch geographische Notwendigkeiten noch durch moralisch-historische Überlegenheitsansprüche gerechtfertigt werden. Ursache waren vielmehr Machtwille und ökonomischer Ehrgeiz". (Ebd.)

Einen kursorischen Überblick über die Fragen, Positionen und Analysen von Marx und Engels zu Irland in ihren Artikeln, Briefen, Manuskripten und Schriften gibt Herres in seinem Beitrag. Die meisten anderen Beiträge zum Thema geben bestimmte Facetten der deutschen Rezeption der irischen Geschichte und Gegenwart im 19. Jahrhundert wieder, in die sich Engels' Beschäftigung mit Irland einordnet. Die theoretisch und politisch interessantesten Punkte der Stellungnahmen von Marx und Engels zu Irland sind m.E. einmal die wirtschaftlichen Grundlagen der englischen Herrschaft über Irland in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und zum anderen die Hoffnungen beider auf eine Initialzündung der englischen Revolution durch die irischen Revolutionäre – mit Hilfe der englischen Arbeiterklasse, versteht sich.

Marx ging davon aus, dass seit der wirtschaftlichen, sozialen und humanitären Katastrophe der großen Hungersnot 1846 der ökonomische Gehalt und daher auch der politische Zweck der englischen Herrschaft sich wandelten. Wie Marx bestimmte auch Engels die Iren gegenüber den Engländern als eine eigene Nation. Er übernahm von Marx die Periodisierung der Kolonialherrschaft und wollte in dem geplanten Buch die irische Geschichte des 19. Jahrhunderts untergliedern in die „Zeit der Kleinbauern 1801-1846" und die „Zeit der Ausrottung 1846-1870". Auch er sah die große Hungersnot als die entscheidende Epochenwende der englischen Kolonialherrschaft in Irland.

Was den ökonomischen Inhalt der englischen Herrschaft nach dieser Wende angeht, so schrieb Marx in einem Brief an Engels vom 10. Oktober 1868: „Während die Herrn Ökonomen es als reinen Dogmenstreit behandeln, ob die Grundrente Zahlung für natürliche Bodendifferenzen oder aber bloßer Zins für das im Boden angelegte Kapital sei, haben wir hier (in Irland, WR) einen praktischen Kampf auf Leben und Tod zwischen farmer u. landlord, *wieweit* die Rente *außer* der Zahlung für Bodendifferenz *auch* die Zinsen des nicht vom Landlord, sondern vom Pächter im Boden angelegten Kapitals einschließen *solle*. Nur dadurch, daß man an die Stelle der conflicting dogmas die conflicting facts und die realen Gegensätze stellt, die ihren verborgnen Hintergrund bilden, kann man die politische Ökonomie in eine positive Wissenschaft verwandeln." (MEW, 32, S. 180f.). Bereits 1855 hatte Marx in einem Zeitungsartikel *Irlands Rache* geschrieben, eine angelsächsische Revolution wälze die irische Gesellschaft von Grund auf um: „Diese Revolution besteht darin, daß das irische Agriculturs ystem dem englischen Platz macht, das kleine Pachtsystem dem großen – ebenso wie die alten Grundeigenthümer modernen Kapitalisten." (17), (MEGA I/14, S. 188ff.)

So sehr Marx glaubte, das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation durch das Beispiel Ir-

lands illustrieren zu können, und so geeignet dieser Wandel in Irland für Marx war, einige grundsätzliche Probleme der Grundrente klären zu helfen – seine Prognose bewahrheitete sich nicht. Das hing nicht zuletzt mit dem zweiten zentralen Problem zusammen, nämlich mit der Rolle, die Engels und Marx den irischen Revolutionären zuschrieben bzw. von ihnen erwarteten.

Der englisch-irische Konflikt hatte sich seit dem Ende des Amerikanischen Bürgerkriegs enorm zugespitzt, nicht zuletzt unter dem Einfluss von Millionen Iren, die seit 1846 nach Amerika ausgewandert waren. Für diese Zuspitzung verweist Jürgen Herres auf die gewaltsamen Aufstandsversuche der Fenier. „Marx entwickelte nun die Vorstellung, dass es sich bei der irischen Frage nicht nur um national oder lokal begrenzte soziale Gegensätze handele, sondern um einen Konflikt, der das Signal zu einer europäischen Revolution geben könnte. Diese Überlegungen legte er in Reden, Vortragsentwürfen, Resolutionen und Briefen dar. In den Entwürfen zweier Reden im November und Dezember 1867 charakterisierte Marx den ‚Fenianism' als ‚Socialist, lower class movement'." (18) (vgl. MEGA I/21, S. 20ff.)

Die signifikanten Thesen von Marx und Engels hinsichtlich der möglichen revolutionären Rolle der irischen Freiheitskämpfer können wie folgt bestimmt werden:

Sie nannten die Fenier-Bewegung eine lower-class-Bewegung, setzten sie praktisch der proletarischen Klassenbewegung gleich, obwohl Irland damals mangels Industrialisierung eines entwickelten Proletariats ermangelte.

Sie bezeichneten die Fenier als sozialistische Bewegung, weil deren Kampf um nationale Befreiung wirtschaftlich ein Kampf um Land und eine darauf gegründete Existenz war.

Marx erklärte die Befreiung Irlands zu einer Vorbedingung für die soziale Revolution in Europa. Da England damals die Metropole des Weltkapitals war, könne es als Hebel für eine ökonomische Revolution dienen, jede Revolution in den ökonomischen Verhältnissen Irlands werde auf die ganze Welt zurückwirken. Irland sei der Punkt, von dem aus der Schlag gegen England beginnen könne. Die Befreiung Irlands von der Zwangsunion mit England werde dort die soziale Revolution auslösen, die Rolle Irlands als Initiator bedürfe allerdings des Bündnisses mit der (ja keineswegs revolutionären) englischen Arbeiterbewegung.

Bekanntlich ist die erst teilweise vollendete nationale Befreiung der Iren nicht zum Initiator der antikapitalistischen Revolution geworden. Die Ursachen sind hier nicht zu diskutieren. Bedauerlich ist für dieses Themenheft allerdings, dass diese beiden wichtigen Punkte in der irischen Geschichte einzig im Überblicksartikel von Jürgen Herres thematisiert, nicht aber in weiteren Beiträgen behandelt worden sind. Daher bleibt nur, auf den vorbereiteten MEGA-Band mit den Engels-Texten zu warten.

Wie jeder Jahrbuchband enthält auch dieser außerhalb des Themas eine Reihe weiterer Aufsätze, so von Claudia Reichel zur Arbeitsweise von Marx als Journalist, über einen

Quellenfund sowie Rezensionen, von denen hier eine ebenso paradoxe wie faszinierende hervorgehoben sei: Hanno Strauß rezensiert die Jenny-Marx-Biographie von Ulrich Tausch (Zürich 2011) und führt uns vor, wie eine schwache, vor Klischees strotzende, sentimentale Biographie so gekonnt und souverän kritisiert werden kann, dass die Freude an seinen Formulierungen den Erkenntnisgewinn noch übersteigt. Chapeau!

Werner Röhr

Bilanz der kommunistischen Weltbewegung

Theodor Bergmann, Strukturprobleme der kommunistischen Bewegung. Irrwege – Kritik – Erneuerung, VSA: Verlag, Hamburg 2012, 278 S., 19,80 Euro

Theodor Bergmann will mit diesem Buch – wie er eingangs feststellt – „eine positive Bilanz der kommunistischen Weltbewegung […] ziehen, ohne die Fehler, Irrtümer und Verbrechen auszusparen“ (7). Befürchtungen, dass die schlimmen Seiten der kommunistischen Bewegung heruntergespielt werden könnten, verflüchtigen sich schon beim Lesen der ersten Kapitel. Denn hier werden wesentliche Deformationen, Systemfehler und Schandtaten aufgedeckt – so am Beispiel der Außenpolitik der UdSSR, der Bolschewisierung kommunistischer Parteien, der „Säuberungen“, des „Hitler-Stalin-Paktes“, der Kominform und ihres Verdiktes gegen den jugoslawischen Bund der Kommunisten und schließlich des Zerfalls des „Ostblocks“ wie auch des „Großen Sprungs“ und der „Kulturevolution“ in China. Der Autor kann das mit dem guten Gewissen eines Vertreters der kommunistischen Opposition tun, die frühzeitig vor Gefahren gewarnt hat. Aber sein genereller Ansatz ist eben der kommunistische Menschheitstraum und das Engagement opferbereiter Vorkämpfer für dessen Verwirklichung. Und das besondere Anliegen besteht darin, Verständnis für objektive Gegebenheiten, subjektives Verhalten, für die Ursachen strategischer Fehlentscheidungen und für mögliche, oft auch versuchte Alternativen zu wecken.

Ob in seiner kritischen Bestandsaufnahme auch die Volksfrontpolitik die vom Autor vorgenommene negative Bewertung verdient, weil sie im imperialen Interesse der UdSSR dem revolutionären Kampf des Proletariats demobilisierend und kompromisslerisch entgegengewirkt habe, wird wohl noch lange eine Streitfrage bleiben. Wie mir scheint, ordnet er der Volksfrontpolitik Deformationen zu, die sich nicht zwingend aus diesem strategischen Konzept ableiten lassen. Die Erfahrungen des Spanischen Bürgerkrieges und des „Hitler-Stalin-Paktes“ einerseits und die Zwänge einer gemeinsamen Abwehr des rassistischen Völkermordes und der Weltherrschaftspläne des deutschen Faschismus und seiner Verbündeten andererseits sind zwei historische Gegebenheiten, die differenzierter analysiert werden müssen.

Seine besondere Aufmerksamkeit widmet der Autor den Reformprozessen in der Volksrepublik China, die er als Zeitgenosse auch mit mehreren Aufenthalten in China und dank enger Kontakte zu chinesischen

Genossen über die Jahre hinweg verfolgt hat. Er hebt hier vier große, von Deng Xiaoping angestoßene, zu realen Veränderungen führende Diskussionen hervor, und zwar zu Wirtschaftsfragen, zur Parteigeschichte und ihren Irrwegen, zum Niedergang der Staaten des Realsozialismus und die noch in Gang befindliche Debatte über Wege der sozialistischen Demokratie (62). 2011 sei darüber hinaus die Diskussion zur Weiterentwicklung des Marxismus und zu den Problemen der sozialistischen Gesellschaft eröffnet worden. Beim Lesen des im Anhang abgedruckten Interviews, das Deng Xiaoping der italienischen Journalistin Oriana Fallaci im August 1980 gewährt hat, drängt sich die Frage auf, ob nicht auch eine Diskussion zur Außenpolitik der Volksrepublik China jener Zeit dringlich wäre. Bergmann äußert sich auch eingehender zu den Ereignissen 1989 am Tian An Men, wobei er das rigorose militärische Vorgehen gegen die Demonstranten wesentlich als eine Folge innerer Machtkämpfe zwischen Konservativen und Reformern darstellt. Der Kampf zwischen zwei Linien der Politik der KP Chinas – personifiziert in Mao Zedong und Liú Shàoqí – wird von ihm als eine durchgehende, bereits mit dem Sieg der chinesischen Revolution und der Gründung der Volksrepublik China im Jahre 1949 einsetzende permanente Auseinandersetzung behandelt.

Bergmann stellt sich der viel erörterten Frage, wie sozialistisch oder wie kapitalistisch ist die chinesische Wirtschaft. Im Unterschied zu anderen Autoren (z.B. W. Adolphi), die den Ausgang des chinesischen Experiments als offen betrachten, sieht er den staatlichen Sektor der Wirtschaft und die Wirtschaftsplanung auf dem Vormarsch. In seinen Darlegungen zu Planwirtschaft, Autarkie und Teilnahme am Weltmarkt, Einkommen und Gleichheit, Wandel der Sozialstruktur, Rolle der Gewerkschaften verschweigt er nicht die in der chinesischen Gesellschaft wirkenden Widersprüche, aber er hält diese für lösbar.

Ausgesprochen oder unausgesprochen läuft vieles auf die Frage hinaus, warum die chinesischen Reformen unter Deng erfolgreich waren, Gorbatschows Perestroika hingegen gescheitert ist. Bergmann gibt darauf vor allem zwei Antworten. Zum einen verweist er darauf, dass die Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre in China erfolgte Selbstkritik und Bestandsaufnahme gründlicher war als die sowjetische Abrechnung mit dem Stalinismus. Zum anderen erklärt er vieles damit, dass Gorbatschow innerhalb und außerhalb der UdSSR allein gelassen wurde. Seine vehemente Parteinahme für Gorbatschow vermag sicher nicht jeden Leser zu überzeugen, denn den Widerspruch zwischen damaligen Verkündungen und heutigem Auftreten Gorbatschows vermag auch er nicht überzeugend aufzulösen.

Vergleichsweise geht der Autor auch auf Reformen oder Reformbestrebungen in Kuba, Vietnam und Nordkorea ein (wobei er einräumt, dass seine Informationen über die KVDR spärlich sind), aber das soll hier nicht thematisiert werden.

Sind die ersten Kapitel vorwiegend chronologisch angelegt, so tragen die

letzten einen bilanzierenden Charakter, was allerdings unvermeidlich zu zahlreichen Wiederholungen führt. Hier äußert er sich zu Stalinismus, zum „persönlichen Faktor“, zu Strukturproblemen, zur Komintern und zu Problemen des Internationalismus, und er zieht eine vorläufige Bilanz mit Perspektiven. Seine optimistischen Erwartungen begründet er zum einen mit der Existenz der „vier sozialistischen Inseln“ China, Vietnam, Kuba und Nordkorea und zum anderen mit einem Wieder- oder Neuerwachen der Arbeiterklasse in Europa, vor allem in Westeuropa. Seine häufigen Berufungen auf die Arbeiterklasse und den Klassenkampf hätten eigentlich eine Klarstellung erfordert, was er heute unter Arbeiterklasse versteht. Denn jene Arbeiterklasse, auf die sich die „klassische“ kommunistische Bewegung gestützt hatte, existiert heute nicht mehr oder nur noch rudimentär.

Ihre Zusammenfassung finden die Auffassungen des Autors in 24 Thesen. Neun Dokumente bzw. Textauszüge dienen der Untermauerung der im Text dargelegten Entwicklungen und Wertungen. Eine ausführliche Bibliografie verweist auf weiterführende Literatur. Im Anhang wie im ganzen Buch kommen auch andere Leute mit ihren Ansichten zu Wort – Verfasser, deren Standpunkte er teilt, wie auch Autoren, die er kritisiert. Das macht dieses Plädoyer für einen pluralen, zu steter Selbstkritik fähigen Kommunismus zu einer anregenden Bestandsaufnahme, die viele Anstöße für unerlässliche Diskussionen enthält.

Günter Benser

Von Dachau nach Spanien

Hans Beimler, Im Mörderlager Dachau, herausgegeben, kommentiert und um eine biographische Skizze ergänzt von Friedbert Mühldorfer, PapyRossa, Köln 2011, 195 S.,12,90 Euro; Peter Rau, Der Spanienkrieg 1936-39, PapyRossa, Köln 2012, 131 S., 9,90 Euro

Das Schicksal Hans Beimlers – geb. 1895 in München als uneheliches Kind – ist eng verbunden mit seiner Tätigkeit für die bayerische KPD, seinen frühen Erfahrungen 1933 im KZ-Dachau (April und Mai) als naziverfolgter KPD-Arbeiterfunktionär und endet mit seinem frühen Tod mit 41 Jahren als Spanienkämpfer am 1. Dezember 1936 in Stellungen des Thälmann-Bataillons vor Madrid. Die Grabstätte befindet sich auf dem „Montjuic“ (Judenberg) in Barcelona, wo auch der populäre Führer der Arnarcho-Syndikalisten Buenaventura Durruti beerdigt ist, der am 20. November 1936 bei Kämpfen vor Madrid seinen Verletzungen erlag (Beimler, 160).

Dem Bericht Beimlers über seine brutale KZ-Behandlung in Dachau (knapp 50 Seiten) sind ein „Vorwort“ von Max Mannheimer und nachfolgend eine „Einführung“ und „biographische Skizze“ vom Herausgeber Friedbert Mühldorfer beigegeben. Mannheimer, der selbst Auschwitzüberlebender ist, sieht im KZ-Dachau eine frühe „Schule der Gewalt“, die zur „Todesrampe von Auschwitz“ führt (7). Er bewundert „den Überlebenswillen Hans Beimlers, seinen Mut zum Widerstehen und vor allem zur Flucht“, die ihn 1936 zum Kampf in Spanien gegen die francistischen Putschisten führt (8).

Beimlers Erinnerungen erschienen erstmals 1933 in der Sowjetunion unter dem Titel „Im Mörderlager Dachau. Vier Wochen in den Händen der braunen Banditen“ (15). Sie wurden auch von bürgerlichen Medien in aller Welt als ein frühes Anti-Nazidokument rezipiert. Sie sind „die genaue Beschreibung der 28 Tage von seiner Verhaftung am 11. April bis zu seiner Flucht in der Nacht vom 8. auf den 9. Mai 1933“ (17). Mit dem Bericht würdigt Beimler auch eine Vielzahl ermordeter bayerischer Kommunisten. In einem „Anhang“ sind „Todesfälle“ in Dachau mit Namen, Herkunftsort und Berufsangabe der Opfer aufgelistet (70-73).

Die bayerische KPD konnte auch unter den Bedingungen der Weimarer Republik nur eine quasi halblegale Existenz führen. Eindrücklich wird die „Stimmung unter den Aktiven an der Basis, diese Mischung aus theoretischer Erkenntnis, Bedrohung durch die Nazis und gleichzeitiger Lähmung angesichts eigener Isolierung“ (113) durch einen „Rückblick“ des damals 18-jährigen Alfred Andersch (als Funktionär des kommunistischen Jugendverbandes) verdichtet, wenn der Herausgeber eine längere Sequenz aus dem Andersch-Buch „Die Kirschen der Freiheit“ zitiert. Hier die ersten beiden Sätze: „Der Schatten, den die Flügel der Niederlage warfen, hatte uns schon erreicht. Oft ergriff mich in den Sitzungen der Bezirksleitung tiefe Melancholie.“

Der Herausgeber sieht in dem Beimler-Bericht „ein wichtiges Dokument für die Frühzeit des Konzentrationslagers, weil es, wie viele andere Häftlingsberichte, Details liefert zur Rekonstruktion des ersten Lagers, das in einer ehemaligen Munitionsfabrik eingerichtet worden war.“ (21) Das Ausmaß der Nazi-Brutalität hatte auch Beimler nicht vorhergesehen. Er selbst bekam den Hass und den Triumph über die „Machtergreifung“ in den ersten Wochen nach Eröffnung des KZ Dachau auf furchtbare Weise zu spüren. „Einige der bekanntesten Funktionäre der südbayerischen KPD wie Fritz Dressel, Josef Götz oder Franz Stenzer fielen diesem Hass zum Opfer …“ (119)

Friedbert Mühldorfer gibt mit seiner umfangreichen „biographischen Skizze“ (111 Seiten) ein dichtes Lebensbild Hans Beimlers – jenseits aller Heroisierung und aller Zerrbilder. Beimler wird unsentimental mit all seinen “Ecken und Kanten“ beschrieben.

Die offizielle BRD ehrt bis heute den KPD-Funktionär und Reichstagsabgeordneten Hans Beimler nicht. Das 1992 eingeweihte Denkmal vor dem Deutschen Bundestag in Berlin (Reichstagsgebäude), das den durch die Nationalsozialisten ermordeten Reichstagsabgeordneten gewidmet ist, erwähnt ihn nicht. „Eine offizielle Begründung dafür gibt es nicht“ (183).

Der zweite hier zu besprechende Band soll „Basis“-Wissen über den Spanischen Bürgerkrieg vermitteln. Beimlers Bericht führt über den biografischen Zugang zum „Spanischen Bürgerkrieg“. Der Band „Der Spanienkrieg 1936-39“ vermittelt in zeitlicher Abfolge „aus unvoreingenommener marxistischer Sicht“ (Rau, 8) einen Zugang zu den zum Spanienkrieg führenden Konflikten, die sich seit 1936 abzeichneten. Der Autor arbeitet sich zuerst an Begriff-

lichkeiten ab: „Wahr ist, dass dieser Krieg zunächst zwar als Bürgerkrieg begonnen hatte, doch schon nach wenigen Tagen jene internationale Dimension erreichte, dass von einem Bürgerkrieg … nicht mehr die Rede sein kann.“ (7) Veröffentlichungen in der Sowjetunion und in der DDR waren „nicht frei von ideologischen Vorgaben und Beschränkungen“ (8). Rau stellt in Rechnung, dass viele Arbeiter dem „traditionell in Spanien verbreiteten Anarchismus“ anhingen (12). Als ihre Sprachrohre fungierten die CNT („Confederacion National del Trabajo“) und die FAI („Federacion Anarquista Iberica“) (12f.)

Rau gibt einen Überblick zu den Kräften des Faschismus einschließlich der konservativ-reaktionären katholischen Kirche, bei der mehr Menschen arbeiteten als beim spanischen Staat (16), zu den Stoßtrupps der Bürgerkriegsarmee und zum historischen Ablauf: Vorgeschichte, Volksfront-Regierung von 1936, die von langer Hand geplante Revolte von Militär und Oligarchie, Intervention der faschistischen Mächte (Deutschland, Italien). Die „Legion Condor“ hatte im Kriegsverlauf mit „alles in allem 25.000 Mann (…) nahezu zehnmal soviel Personal im Einsatz wie die deutschen Antifaschisten in den Internationalen Brigaden“ (39).

Ausführlich widmet sich Rau der Rolle der „Kommunistischen Internationale“, so u.a. als „Spiritus rector“ bei der Besetzung von Führungsposition der Internationalen Brigaden (50). Er weist mit Blick auf „Geheimtelegramme der Komintern im Spanischen Bürgerkrieg“ (publiziert 1999) die Behauptung zurück, dass sich „die Komintern als Repräsentantin der kommunistischen Weltbewegung sowie die KPdSU als deren Hauptkraft nur höchst halbherzig zur Verteidigung der spanischen Republik bekannt hätten.“ (51)

Zu Diskussionen wird das Kapitel „VIII. Facetten am Rande: Die POUM und der Krieg im Krieg“ (74ff) anregen. Die Kontroverse um die kleine marxistische POUM ist bis zum heutigen Tage Thema ungezählter Bücher. Deren Eintreten für Trotzki als Weggefährten Lenins trug ihr „seitens der kommunistischen Propaganda den Stempel des ‚Trotzkismus’ (ein), mit dem damals die meisten tatsächlich oder vermeintlich antisowjetischen Bewegungen gebrandmarkt worden sind“ (76). Für die Zeit nach dem Militärputsch kritisiert Rau das Engagement der POUM für sozialrevolutionäre Ziele als „kontraproduktiv“, weil „potenzielle bzw. tatsächliche kleinbäuerliche und kleinbürgerliche Bundesgenossen im gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus verprellt wurden oder hätten werden können.“ (76) Dieser Lesart stelle ich die Position des „Partisanenprofessors“ Wolfgang Abendroth gegenüber: „Vor allem aber übertrugen die sowjetischen Berater und die Vertreter ihrer Geheimpolizei die Methoden sowjetischer Säuberungen auf Spanien. Sie ließen im Mai 1937 in Barcelona die ‚trotzkistische’ POUM und die mit ihr solidarischen syndikalistischen Arbeiter niederwerfen. (…) Auf diese Weise brach die stalinistische Politik der KPdSU den Schwung der im Bürgerkrieg verzweifelt kämpfenden spanischen Arbeiterbewegung: Trotz dem mutigen Widerstand der spanischen republi-

kanischen Truppen und der Internationalen Brigaden war von nun an der weitere Kampf nur noch der Ablauf eines Dramas, dessen Ausgang feststand, seit reguläre Einheiten Deutschlands und Italiens eingriffen. Im März 1939 war es beendet."[1] Auch gegen eine solche Sicht der Mai-Vorkommnisse 1937 bietet Peter Rau meinungsfreudige Autoren auf (84f.).

Eine bittere Zeit beginnt für die unterlegenen Republikaner nach dem Kriegsende 1939: Ermordungen („über 2.000 Massengräber in ganz Spanien", 120); ca. 1,5 Millionen in Gefängnissen und in Kz's Inhaftierte (112f.). Franco unterstützt die deutsche Wehrmacht nach dem Überfall auf die Sowjetunion 1941 mit mehreren 10tausend Soldaten („Blaue Divi-

Soldaten wegen Desertion und Feigheit allein bei Stalingrad als nicht gesichert zurück. Tatsächlich seien nach neuesten Quellen zwischen dem 1. August und dem 15. Oktober 1942 lediglich 278 sowjetische Soldaten von Sonderabteilungen des NKWD erschossen wurden. Die von Hellbeck ausgewerteten Interviews stützen diese viel niedrigeren Angaben. Natürlich verschweigt der Autor nicht die berüchtigten Stalinschen Befehle Nr. 227 und 270, die drakonische Maßnahmen für Soldaten mit mangelnder Kampfbereitschaft und ihre Angehörigen vorsahen.

Des Weiteren ist interessant, dass Hellbeck das Ausmaß der Stalinschen Säuberungen in der Roten Armee für überschätzt hält. Zusammengenommen wurden bis 1939 mehr als 34.000 Offiziere verstoßen, davon wurden bei Weitem nicht alle exekutiert; vielmehr 11.000 von ihnen bis 1939 wieder in die Partei aufgenommen.

Hellbecks Buch zeichnet ein beeindruckendes Bild der Schlacht von Stalingrad aus Sicht der sowjetischen Verteidiger (und bisweilen auch aus der der deutschen Angreifer). Seine Charakterisierung der Roten Armee als einer „dezidiert kommunistischen Armee", deren Angehörige sozialistische Werte verinnerlicht hatten und sich als bewusste Akteure im Kampf des Sozialismus gegen den Kapitalismus/Faschismus sahen, steht somit in der sogenannten (post-)revisionistischen Tradition der Historiografie über die Geschichte der Sowjetunion, die in Abgrenzung zur Totalitarismustheorie mit ihrem Fokus auf Terror, Zwang und Unterdrückung konsensuelle Motive in den Vordergrund rückt. Ob Hellbeck dabei das Verhältnis von Zwang und Konsens angemessen bestimmt, ist sicher ein diskussionswürdiger Aspekt – in einem vorläufigen Fazit spricht er von einem Verbund von „mobilisierenden Parolen" und „Strafandrohungen" (74).

Der Verdienst der „Stalingrad-Protokolle" ist, dass sie dem deutschen Publikum die Sicht jener näherbringt, die in den Worten von DeLong die Schlacht von Stalingrad zu jener machte, „die unter allen Schlachten der Geschichte die stärkste positive Auswirkung auf die Menschheit hatte."

Guido Speckmann

Poststrukturalistische Gesellschaftskritik

Iris Dzudzek/Caren Kunze/Joscha Wullweber (Hrsg.) Diskurs und Hegemonie. Gesellschaftskritische Perspektiven, transcript, Bielefeld 2012, 260 S., 28,80 Euro

Das 1985 in der englischsprachigen Welt veröffentlichte und 1991 ins Deutsche übersetzte Werk *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus* von Chantal Mouffe und Ernesto Laclau gab der Hegemonietheorie Antonio Gramscis eine poststrukturalistische Wendung, die in der deutschsprachigen Welt eher randständig wahrgenommen wurde und noch immer zurückhaltend diskutiert wird. Diesem Zustand versucht der vorliegende Sammelband entgegenzuwirken; Mouffe und Laclau sind dabei zentrale Referenzpunkte.

Der Band umfasst neben einer Einleitung neun Beiträge. Abgesehen von Christoph Scherrer, der Profes-

sor in Kassel ist, stammen die übrigen Beiträge von NachwuchswissenschaftlerInnen und VertreterInnen des akademischen Mittelbaus. Sie sind das Ergebnis der Arbeit und Diskussionen des seit 2008 bestehenden Netzwerkes Hegemonie- und Diskurstheorien und verstehen sich explizit als interdisziplinäre Annäherung an das titelgebende Thema. So finden sich Beiträge aus der Politikwissenschaft, Philosophie, den Gender Studies und der Humangeographie sowie der Internationalen Politischen Ökonomie (18).

Ausgangspunkt ist die Annahme, dass es zahlreiche Anknüpfungspunkte zwischen hegemonie- und diskurstheoretischen Arbeiten gibt und diese zudem über gesellschaftskritisches Potential verfügen (9). Die Verbindung der beiden ermögliche zu untersuchen, „wie aktuelle gesellschaftliche Verhältnisse konstituiert" werden (16). Verworfen wird die Ansicht, man könne sich mit Theorie der Realität annähern. Vielmehr gebe es eine vielfältige Anzahl „von Realitäts- und Wahrheitsvorstellungen", die in umkämpfter Konkurrenz um die Deutungshoheit miteinander stünden (16). Daraus ergibt sich die Schlussfolgerung, dass „Realität […] stets ein partikularer und spezifischer Wahrheitshorizont [ist], in den sich verschiedene Machtverhältnisse eingeschrieben haben" (16). Es gibt demnach keine „vordiskursive gesellschaftliche Realität" (17).

Der erste Beitrag von Joscha Wullweber ist zugleich Rekonstruktion und Einführung in die Theorie von Laclau und Mouffe entlang der Kernkonzepte Hegemonie, Diskurs und Antagonismus. Dabei vertritt der Autor die Auffassung, dass die beiden eine „umfassende Gesellschaftstheorie" (29) vorgelegt haben.

Benjamin Opratko nähert sich Laclau und Mouffe in kritischer Absicht an. Er zeigt auf, dass die beiden „das Hegemoniekonzept von einer kapitalismustheoretischen zu einer *ontologischen* Kategorie" verändert haben, da „Hegemonie […] als ein Grundprinzip sozialer Interaktion" angesehen werde, „als Mechanismus der Konstruktion von Bedeutung und Identität" (70). Ihr Verständnis der Hegemonie als „*artikulatorische* Praxis" beurteilt Opratko als überaus fruchtbare Erweiterung genuin marxistischer Ansätze, da so die „spezifische […] Funktionsweise hegemonialer Strategien und Projekte" und die Frage nach der Qualität von Hegemonie beleuchtet werden können (75).

Drei Beiträge beschäftigen sich mit der theoretischen Verknüpfung zwischen Hegemonie- und Subjektivierungstheorie. Friedericke Habermann verknüpft hierbei die Erkenntnisse von Laclau und Mouffe mit denen von Stuart Hall und Judith Butler. Gundula Ludwig unternimmt den Versuch „queerfeministische Überlegungen in Anschluss an Judith Butler mit hegemonietheoretischen Überlegungen in Anschluss an Antonio Gramsci" (105) zusammenzubringen und Kathrin Ganz befasst sich mit der Thematik Intersektionalität und kommt zu dem Schluss, dass „die Hegemonietheorie die intersektionale Mehrebenenanalyse" (141) sinnvoll ergänzt.

Mit den Beiträgen von Georg Glasze und Shadia Husseini de Araújo wird

der Bogen zu raumtheoretischen Fragen gespannt. Ersterer ist der Meinung, dass mit Rückgriff auf Diskurs- und Hegemonietheorie die „dezidiert politische Konzeption von Räumen in den Sozial- und Kulturwissenschaften“ (167) ermöglicht wird, was allerdings „Übersetzungs- und Kontextualisierungsarbeit“ (ebd.) zur Voraussetzung hat.

Insgesamt bewegt sich der Sammelband auf einem theoretisch sehr anspruchsvollen Niveau, ist aber sprachlich verständlich geschrieben. Die Beiträge benötigen Vorkenntnisse insbesondere des Vokabulars und den theoretischen Überlegungen von Laclau und Mouffe, um sie umfassend zu verstehen. Der Leser/die Leserin gewinnt einen guten Überblick darüber, in welchen vielfältigen Zusammenhängen Hegemonie- und Diskurstheorie fruchtbar angewendet werden können und gibt Aufschluss über bestehende Analyseansätze. Die Beiträge bilden dabei den aktuellen Stand der jeweiligen Theoriediskussionen ab und müssen zugleich als Ausgangspunkt für weitergehende Debatten verstanden werden. Die Möglichkeit zum Dialog poststrukturalistischer Ansätze mit materialistisch ausgerichteten Theorien ist augenscheinlich gegeben und sollte weiter vorangetrieben werden, wie es auch Opratko mit Bezug auf Theorien des Politischen richtigerweise fordert (77).

Sebastian Klauke

Geschichtsmythen und Nation

Henning Fischer, Uwe Fuhrmann, Jana König, Elisabeth Steffen und Till Sträter (Hrsg.), Zwischen Ignoranz und Inszenierung. Die Bedeutung von Mythos und Geschichte für die Gegenwart der Nation, Westfälisches Dampfboot, Münster 2012, 205 S., 19,90 Euro

Zur Kritik nationaler Geschichtspolitik und mythologisierender Vergangenheitsbetrachtung gibt es inzwischen eine ganze Reihe Publikationen. Die Auseinandersetzung mit den Legenden, die um die alliierte Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg gesponnen wurden, gehört schon seit längerem zum Kanon der ideologiekritischen Linken und auch die erinnerungspolitische Bewegung der EnkelInnen des Spanischen Bürgerkriegs wird inzwischen breit rezipiert.

Doch zum Themenkomplex kollektive Erinnerung und Geschichtspolitik ist noch längst nicht alles gesagt, wie das AutorInnenkollektiv Loukanikos, benannt nach dem bei Straßenschlachten in Griechenland allgegenwärtigen *riot dog*, eindrücklich aufzeigt. Die fünf WissenschaftlerInnen gehen sowohl thematisch als auch methodisch einen Schritt weiter als viele Veröffentlichungen in diesem Bereich. In der Auseinandersetzung mit der Musealisierung der Vergangenheit und ihrer legitimatorischen Funktion für die gegenwärtigen Verhältnisse entsteht im gemeinsamen Arbeitsprozess der AutorInnen eine Methodik, die es ernst meint mit dem Anspruch an einen „emanzipatorische[n] Umgang mit Geschichte und Vergangenheit, der nicht zur Legiti-

mation, sondern zu einem kritischen Hinterfragen der Gegenwart beiträgt.“ (9) Weil darüber hinaus auch die Kritik herrschender Geschichtsdarstellungen eine eigene Darstellung hervorbringt, kann schließlich die Gegenerzählung nicht von der Kritik ausgenommen sein.

Ausgehend von einer reflektierten theoretischen Grundlegung beschäftigen sich die vier folgenden Einzelbeiträge mit relevanten Aspekten der Geschichtspolitik in Deutschland und Spanien. Der Beitrag von Henning Fischer untersucht die Entwicklung des um die Bombardierung Dresdens entstandenen Mythos im Kontext des Wandels der deutschen Geschichtspolitik. Dabei legt er besonderes Gewicht auf die Modernisierung des Gedenkens an diese Bombardierung, die sich in den letzten Jahren keineswegs ideologiefrei vollzog, sondern bei der vor allem eine Anpassung an das Vergangenheitsbild unter den Vorzeichen der Berliner Republik vorgenommen wurde: Die deutschen Opfer in Dresden werden nicht mehr als singuläre hervorgehoben, sondern eingereiht in die Liste der Opfer im „Jahrhundert des Leids“ zwischen Auschwitz, Hiroshima und dem 11. September 2001.

Till Sträter beschäftigt sich mit der Erinnerungsbewegung in Spanien, die seit mehr als zehn Jahren die immer noch dominante Erinnerungslandschaft der Diktatur untergräbt. Mit den Exhumierungen von Tausenden Repressionsopfern werden der Mythos von der zwischen den Bürgerkriegsparteien gleich zu verteilenden Schuld, der Mythos der modernisierenden Rolle der Diktatur für das rückständige Spanien und zunehmend auch die Transition zur Demokratie in Frage gestellt.

Uwe Fuhrmanns Artikel über Proteste in Westdeutschland gegen die Preissteigerungen im Kontext der Währungsreform 1948 nimmt einen der Gründungsmythen der BRD aufs Korn: Wer weiß schon, dass erst die monatelangen Proteste breiter Bevölkerungsschichten gegen das ursprünglich marktliberale Programm Ludwig Erhards zum Modell der Sozialen Marktwirtschaft geführt haben, das heute vom national integrierten „Alltagsverstand“ so stark mit Erhard identifiziert wird? Fuhrmanns Fokussierung auf die sozialen Kämpfe Ende der 1940er Jahre beleuchtet dankenswerterweise einen Punkt, der in der ideologiekritischen Linken in der Regel unbeachtet bleibt.

In der letzten Fallstudie untersuchen Jana König und Elisabeth Steffen, wie die DDR in das gesamtdeutsche Geschichtsbild integriert wird und wie dabei die ‘andere‘, sozialistische DDR-Kritik außen vor bleibt. Sie kritisieren die Konstruktion der Geschichte als angeblich linearer Entwicklung, von der die DDR nur eine vorübergehende Abweichung gewesen sei. Ihr „Irrweg“ endete 1989/90 mit der zum Telos der Entwicklung verklärten ‘Wiedervereinigung‘ und wird inzwischen vor allem als Negativfolie zum heutigen Deutschland-Bild benutzt. Dagegen holen die Autorinnen auch eine DDR-Kritik ans Licht, die sich nicht in das Geschichtsbild des heutigen Deutschlands integrieren lässt.

Anregend wird das Buch noch einmal in seinem letzten Kapitel, in dem das Kollektiv eine Collage aus Dis-

kussionsfragmenten, Fragen, Thesenpapieren und Zitaten präsentiert, die einen Raum entstehen lassen, in dem die LeserInnen zu MitdiskutantInnen werden. Auch diese explizite Einladung zur praxisnahen Diskussion auf hohem theoretischem Niveau macht die Veröffentlichung zu etwas Besonderem.

Moritz Krawinkel

Gier und Kapitalismus

Rudolf Hickel, Zerschlagt die Banken. Zivilisiert die Finanzmärkte. Eine Streitschrift, Econ, Berlin 2012, 224 S., 14,99 Euro

Das Buch ist zunächst eine polemische Abrechnung mit den Akteuren der Finanzindustrie, die die Welt seit mehr als fünf Jahren immer wieder an den Rand wirtschaftlicher Katastrophen bringen, die Verarmung ganzer Länder verursachen und immer noch fette Profite und Boni einstreichen. Akteure, die oft die Grenze zur Kriminalität überschritten haben und weiter überschreiten (siehe Geldwäsche durch die britische Großbank HSBC; Manipulation der Referenzzinsen LIBOR und EURIBOR durch 18 Großbanken; Betrug an Bankkunden durch den Verkauf von Risikopapieren, deren Platzen sie dann selbst betreiben; usw.) und sich doch strafrechtlichen Konsequenzen durch die Zahlung von Abschlagsgeldern entziehen können. Dabei sind dies nur wenige: Hickel zitiert jüngere Untersuchungen, denen zufolge maximal 140 Finanzgruppen die Weltökonomie bedrohen (39). Das gut lesbare Buch ist eine Streitschrift im besten Sinne, in der moralische Empörung mit Analyse und produktiven Vorschlägen verbunden wird.

Sicherlich, dem gelernten Marxisten mögen sich manchmal die Nackenhaare sträuben, wenn er liest, dass „schaffendes Geld (…) durch fiktives Geld“ überlagert werde (13), dass eine „Spaltung zwischen realem und fiktivem Geld“ die „ökonomische Wertschöpfung“ belaste. Weder „schafft“ Geld noch gibt es einen Unterschied „zwischen realem und fiktivem Geld“ (26) (wohl aber zwischen seinen Funktionen). Der manchmal etwas schlampige Umgang mit Worten (Autor und Verlag hätten wissen müssen, dass das Wort „schaffend“ im Zusammenhang mit Geld und Kapital in Deutschland definitiv verbrannt ist) ist aber m.E. eine ‚lässliche‘ Sünde. Der Autor will schließlich keinen Kapital-Lesekurs einleiten, er bedient sich eben der Umgangssprache – und da wird durchaus klar, worum es geht, nämlich um den Druck hypertropher Finanzmärkte auf die produzierende Wirtschaft. In der weiteren Darstellung werden die Zusammenhänge z.B. zwischen Finanz- und Produktionswirtschaft, zwischen Gier und Kapitalismus, durchaus richtig und überzeugend entwickelt. Die Gier der Finanzakteure ist nicht die Ursache, sondern die Folge einer Entwicklung im Kapitalismus, deren ökonomische und politische Ursachen in aller Deutlichkeit analysiert werden. Aber: Das entschuldigt die real existierende Gier der Banker und Spekulanten, ihr unverantwortliches, durch das Streben nach maximalen Profiten und Boni angetriebenes Handeln nicht. Die im Buch in aller Deutlichkeit geschilderten, „oftmals an der Grenze

von Recht und Gesetz“ (120) betriebenen Geschäfte werden von Menschen abgeschlossen, und ihre Folgen sind eben diesen Menschen zuzuschreiben. Die Tatsache, dass es kriminelle Strukturen gibt, entschuldigt nicht die Kriminellen.

Im Übrigen beschränkt sich das Buch keinesfalls darauf, die fragwürdige ‚Moral‘ der Finanzakteure zu geißeln. In einem kurzen, gelungenen ersten Abschnitt analysiert Hickel die Ursachen der Entwicklung hin zum „finanzmarktgetriebenen Kapitalismus“ (29), nämlich die Konzentration von Einkommen und Vermögen und die neoliberale Politik der Deregulierung und Privatisierung. Für Deutschland arbeitet er die zentrale Verantwortung der rot-grünen Schröder/Fischer-Regierung heraus – er hätte vielleicht hinzufügen können, in welchem Ausmaß es unglaubwürdig ist, wenn das Duo Steinbrück/Trittin, die gleichen Personen, die unter rot-grün Umverteilung und Deregulierung vorangetrieben haben, heute als Kämpfer für Mindestlöhne und Bankenregulierung auftreten. Und beim mehrfachen Bezug auf Helmut Schmidt und dessen Formel vom „Raubtierkapitalismus“ (53) erinnert sich zumindest der ältere Leser noch sehr gut daran, dass es eben dieser Helmut Schmidt war, der die ersten Schritte auf dem Weg zum Sozialabbau und zur Umverteilung zugunsten der Gewinne gegangen war, der so dem Raubtierkapitalismus die (sozialdemokratische) Käfigtür geöffnet hat.

In weiteren Abschnitten setzt das Buch sich mit den Behauptungen der Verteidiger der Spekulation auseinander, diskutiert die einzelnen Instrumente und Akteure des ‚Kasinos‘ von Derivaten über Hochfrequenzhandel bis zu Ratingagenturen. (Abschnitte 2 und 3). Im Hauptteil des Buches (Abschnitte 4 bis 6) geht es aber um Maßnahmen zur „Zivilisierung“ der Finanzwirtschaft, also darum, wie das Finanzgewerbe auf seine Rolle als Finanzier der produzierenden Wirtschaft zurückgestutzt werden kann. Hier werden Instrumente wie die Finanztransaktionssteuer, Trennbankensysteme, Einlagensicherung usw. vorgestellt und diskutiert. Im letzten Abschnitt (7) entwickelt Hickel die Konturen eines solchen Bankensystems, wobei er sich stark am deutschen „Drei-Säulen-Modell“ (186) orientiert (Privatbanken, Öffentlich-Rechtliche Banken, Genossenschaftsbanken). Ob die auf dem Papier stehende Gemeinwohlorientierung der Sparkassen und Genossenschaftsbanken in der Finanzkrise wirklich einen großen Unterschied gemacht hat, soll hier nicht untersucht werden. Der Rezensent ist kein Bankfachmann – er kann sich allerdings nicht des Verdachts erwehren, dass der Autor hier etwas mit dem Weichzeichner arbeitet. Auch ist die Tatsache, dass viele Kommunen den Banken hochspekulative Papiere abkauften, nicht nur der „Verzweiflung über die Not ihrer Haushalte“ (124) zuzuschreiben: Mancher Kämmerer wollte einfach auch mit am Kasinotisch sitzen und aus Nichts Geld machen – auch hier sind gierige Akteure zu finden. Opfer und Täter sind nicht immer klar zu unterscheiden.

Trotzdem hat Hickel mit dem Verweis auf existierende Ansätze für ein funktionsgerechtes Geld- und Kreditsystem recht: Um ein zukunftsfähi-

ges Bankensystem aufzubauen „braucht das Rad nicht komplett neu erfunden zu werden." (202) Ansätze hierzu sind in Form des Regionalprinzips, dezentraler Eigentumsstrukturen und Kontrollgremien vorhanden – die Tatsache, dass diese Prinzipien unter dem Sog der finanzwirtschaftlichen Dynamik oft missachtet wurden, spricht nicht gegen sie. Das hebt auch Hickel in seinen abschließenden Bemerkungen hervor: Es geht um eine Veränderung der Machtverhältnisse im Kapitalismus – was impliziert, dass Hickel einen zivilisierten, demokratisierten Kapitalismus für möglich hält. Das setzt allerdings die Entmachtung der Finanzmärkte und ihre demokratische Kontrolle voraus.

Jörg Goldberg

Die Welt der 0,1 Prozent

Hans Jürgen Krysmanski, 0,1 Prozent. Das Imperium der Milliardäre, Westend Verlag, Frankfurt/Main 2012, 240 S., 19,99 Euro

Wem gehört die Welt? Schenkt man den Parolen der Occupy-Bewegung Glauben, ist der finanzielle Reichtum eines Prozents der Bevölkerung wirtschaftlich und gesellschaftlich tonangebend. Nicht ein Prozent, sondern lediglich 0,1 Prozent, 0,01 Prozent oder ein noch geringerer Bruchteil der Menschheit halte als Klasse der superreichen Milliardäre die machtpolitischen Zügel in der Hand, konkretisiert der emeritierte Professor für Soziologie, Hans Jürgen Krysmanski in seiner im August 2012 erschienenen Monografie. Auf 240 Seiten unternimmt es Krysmanski im Sinne seines Credos „Man muss die 0,1 Prozent sehen lernen" (44) überblicksartig, aktuelle soziologische, ökonomische und kulturelle Definitionsversuche dieser scheinbar unnahbaren *Gated Community* des riesenhaften Geldes zusammenzuführen und zu verknüpfen.

Beachtlich sind nicht zuletzt Krysmanskis Überlegungen, inwiefern es sich bei den global aufgestellten Superreichen um eine neue Klasse handeln könnte und inwiefern marxistische Kategorien bei der Analyse deren ökonomischer Verortung innerhalb des modernen Finanzkapitalismus weiterhelfen. Im Rückgriff auf den deutschen Politologen Carl Schmitt kreidet Krysmanski der modernen Soziologie eine frappierende Leerstelle an: Die Geschichte der Eliten sei eine ungeschriebene; mit den üblichen Methoden der soziologischen Empirik sei den Superreichen nicht auf die Spur zu kommen, allen Annäherungsversuchen wie der US-amerikanischen *Power Structure Research (PSR)* zum Trotz. Genau diese Unsichtbarkeit einer im Prinzip allumfassenden Finanzmacht, diese Privatheit des Ultrareichtums als ihr letztes und größtes Geheimnis (30) benennt der Autor als wesentliche Voraussetzung respektive als integrales Wesensmerkmal des Imperiums der Milliardäre, eines Imperiums an sich, nicht für sich (82). Doch ohne dialektisches Gegenüber kann auch diese Form der Arkanherrschaft nicht existieren, sodass Krysmanski folglich unter anderem über das Organisationsprinzip der Vermögensverwaltung und -mehrung Aussagen trifft. Wie interagiert der weltentrückte Superreiche mit seiner Umwelt? Im *Ringburg-Modell* (38ff.)

wird eindrucksvoll beschrieben, wie Superreiche mittels eines großen Expertenheeres, einer wissenschaftlich gebildeten Funktionselite, bestehend aus Managern und Beratern ihre Firmenimperien verwalten lassen. Private Think-Tanks erweitern die wissenschaftliche Basis, arbeiten intensiv an der argumentatorischen Verteidigung der Kapitalstrukturen und verengen gleichsam mit ihrer Abhängigkeit vom jeweiligen Sponsor den Wissenschaftsbegriff auf eine grundlegende Nützlichkeit für den Superreichen. Das angesprochene quasi leibeigenschaftliche Management- und Legitimationssystem ist für Krysmanski Teil einer umfassenden „kapitalismusbasierten High-Tech Refeudalisierung" der Erde (75). Plutokratische Tendenzen von Konzernverflechtungen, die im Zuge ihrer globalen Organisiertheit nationalstaatliche Reglungsmechanismen aushebeln oder ganze Regierungen ungeniert vor sich hertreiben, münden in einer Form der rein monetarisierten Macht (39) – *Richistan*[1] sei überall, Nationalstaaten würden dabei zu Satelliten dieses nichteuklidischen Konstrukts.

Kritisch beleuchtet Krysmanski weiterhin die grassierende Philanthropie solcher Superreicher wie Jan Philipp Reemtsma, deren großzügige Spenden für Kunst, Kultur oder schlicht für „die Armen" sich in zweiter Instanz als Fürsorge-Voluntarismus ohne demokratische Kontrollmöglichkeit entpuppen. Auch die US-amerikanische *Giving-Pledge*-Bewegung, i.e. die freiwillige Verpflichtung diverser Milliardäre, die Hälfte ihres Vermögens zu spenden, entlarvt der Autor als egoistisches „Piratenstück erster Ordnung" (140), einzig dem eigenen Gusto verpflichtet und als öffentliche Inszenierung sympathisch wirkender sozialer Verantwortung gedacht. Die Überwindung des Kapitals von Seiten seiner höchsten Vertreter schließt Krysmanski aus, zu stark ist der Trieb nach Selbsterhaltung, zu egoistisch sind selbst scheinbar progressive Projekte, über die Finanzierung wissenschaftlich-technologischen Fortschritts den Menschen und sein Wirtschaften auf neue Ebenen zu heben. Diejenigen, die von den Gipfeln der Geldberge aus die Lösung für kapitalistische Probleme suchen, wollen und können nicht die am Grunde liegende radikale Forderung aufnehmen: „Expropriiert die Expropriateure! Oder auch: Eignet euch der Aneigner an!" (247).

Im Gegensatz zur teilweisen Starrheit des historischen Feudalismus insistiert der Autor im Falle des Neofeudalismus der Superreichen im besonderen Maße auf dessen extreme Mobilität. Das bei Krysmanski wiederkehrende Symbol der Luxusyacht vereint in doppelter Hinsicht die festgestellte Hypervolatalität dieser Personengruppe: Die Staatenlosigkeit der Person sowie der weltumwabernde Charakter ihres Kapitals mache sie zu Motoren der Globalisierung. Als Großkunden von Banken bestimmten sie maßgeblich die Finanzwirtschaft (und somit auch deren Krisenhaftigkeit), sind aber stets *too big to fail* und somit die feste Burg des Finanzkapitalismus.

Insgesamt gelingt es Hans Jürgen Krysmanski, nicht zuletzt durch ei-

---

1 Krysmanski nimmt an dieser Stelle Bezug auf Robert Franks, Richistan. Eine Reise durch die Welt der Megareichen, dt. Ausgabe Frankfurt/M. 2009.

nen ansprechenden Schreibstil sowie mittels grafischer Darstellungen komplexer Strukturen in Anlehnung an künstlerische Schaubilder Mark Lombardis, dem Leser einen oftmals von Mythen und Spekulationen umwobenen Teil des modernen kapitalistischen Weltsystems kritisch nahezubringen. Querverweise auf namhafte Wissenschaftler und deren theoretische Arbeiten zum Thema Superreichtum ermöglichen einen vertiefenden Einstieg in den Forschungskomplex.

Valentin Hemberger

Bürgerliche und soziale Demokratie – Theorie und Praxis

David Salomon, Demokratie, Reihe Basiswissen Politik/Geschichte/Ökonomie, PapyRossa, Köln 2012, 131 S., 9,90 Euro

Eine Einführung in den Mammut-Begriff „Demokratie" auf knapp 130 Seiten erscheint auf den ersten Blick als ein schwieriges Wagnis. Die gängigerweise im Wissenschaftsbetrieb und darüber hinaus eingesetzten und inzwischen mehrere Auflagen zählenden demokratietheoretischen „Grundlagenwerke"[1] zählen in ihrer aktuellen Edition im Vergleich 366 respektive 574 Seiten und dokumentieren, wie im ersteren Falle, umfänglich Originalquellen, um diese dann von fachkundigen Autoren interpretieren zu lassen. Um das Fazit dieser Rezension jedoch deutlich vorwegzunehmen: David Salomon, der zur Zeit die Professur für Politische Bildung an der Universität Siegen vertritt und das genannte Unterfangen mit einem Beitrag zur inzwischen zwölf Bände zählenden „Basiswissen"-Reihe des Kölner PapyRossa-Verlags gewagt hat, gelingt sein Wagnis mit Bravour! Ganz im Gegenteil sogar rückt sein Buch, welches freilich über eine gänzlich andere Anlage verfügt als die exemplarisch angeführten „Klassiker" der deutschsprachigen demokratietheoretischen Literatur, nicht nur historische wie aktuelle theoretische Diskussionen zur Demokratie in den Fokus, sondern fragt auch nach deren Konsequenzen für die reale Politik und trägt damit der „wesenhafte[n] Einheit von Theorie und Praxis"[2] Rechnung.

Die Darstellung Salomons entfaltet sich vor dem Hintergrund zweier zentraler Begriffe, die im Einleitungskapital im Anschluss an einen kurzen Blick (7-10) auf begriffliche „Nebelkerzen", die sich vermittels der „Demokratie" zünden lassen, entwickelt werden: namentlich die bürgerliche und die soziale Demokratie, die durch ihre Bindung an gesellschaftliche Interessen erklärt werden (10-17) und letztlich den entscheidenden sozialen Inhalt der mit „Volksherrschaft" apostrophieren politischen Ordnung kennzeichnen. Entgegen seiner heutigen gängigen Konnotation verweist der Begriff der

[1] Z. B. Peter Massing, Gotthard Breit, HubertuBuchstein (Hrsg.), Demokratietheorien. Von der Antike bis zur Gegenwart. Texte und Interpretationshilfen. 8. Auflage, Schwalbach/Taunus 2011; Manfred G. Schmidt, Demokratietheorien. Eine Einführung. 5. Auflage, Wiesbaden 2010.

[2] Leo Kofler, Die Wissenschaft von der Gesellschaft [1944], Frankfurt/Main 1971, S. 88.

sozialen Demokratie jedoch nicht auf eine Formel der kontemporären Sozialdemokratie, sondern auf eine Konzeption des Marburger Politologen Wolfgang Abendroth. Salomon führt zwei weitere zentrale Begriffe ein, die als mögliche Antworten der Herrschenden auf die Vorstöße der gesellschaftlichen Träger der sozialen Demokratie (die Gramscianische „Subalterne“) zu betrachten sind: die defensive Demokratisierung und der Bonapartismus als „oftmals in plebiszitär-demokratische Rhetorik gekleidete *offene Entdemokratisierung*“ (17-22). Beide Schlüsselworte tauchen ebenfalls im Buch immer wieder auf, wodurch sich ihr Inhalt beispielhaft weiter erhellt.

Nach einem Exkurs zur den „Demokratie“-Begriff produzierenden Epoche der Antike (22-29), in dem überzeugend dargelegt wird, dass weniger die oft rhetorisch bemühte Athener Demokratie, sondern vielmehr die Römische Republik realiter das inhaltliche Vorbild für die meisten heutigen bürgerlichen Demokratien darstellt, werden in vier Hauptkapiteln die historischen Entwicklungslinien, von der Englischen Revolution im 17. Jahrhundert (31-38) bis zur gegenwärtigen „Postdemokratie“-Diskussion (115-123) nachgezeichnet, die auch ohne detaillierte Vorkenntnisse der neueren und neuesten Geschichte mitverfolgt werden können, da Salomon die zeitgeschichtliche Einordnung stets anschaulich mitliefert. Hierbei werden die Auseinandersetzungen um die Demokratie nicht als eine rein theoretische Angelegenheit, sondern ideologische Debatten stets als Ausdruck konfligierender sozialer Interessen verstanden. So liest sich die Schilderung der Ereignisse in den verschiedenen Phasen der Französischen Revolution (43-58) als eine Darstellung steter Auseinandersetzungen zwischen Fraktionen des Bürgertums über die Gestaltung ihrer Herrschaft nach dem Sturz des Absolutismus, wobei diese Konfrontationen zunehmend auch die soziale Frage berührten. Mit dem Anwachsen der Arbeiterklasse und der organisatorischen und politischen Entwicklung der Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert stellt sich eine Einheit von Sozialismus und Demokratie (58-73) her, die mit dem Proletariat als gesellschaftlichem Träger zum Vorkämpfe von Grundrechten wird, welche im Zuge defensiver Demokratisierungen zum Teil auch tatsächlich implementiert werden. Zudem fällt in diese Epoche der erste Versuch des Aufbaus einer proletarischen Gesellschaftsordnung mit neuen (räte-)demokratischen Verfahrensweisen in Gestalt der blutig unterdrückten Pariser Kommune von 1871. Diese unübersehbare Übereinstimmung von demokratischem Fortschritt und Sozialismus sieht Salomon im 20. Jahrhundert durch die historische Erfahrung des Stalinismus (85-90) gebrochen. Allerdings verweist Salomon ausdrücklich auf die dennoch existierenden Mitbestimmungs- und Kontrollmechanismen im real existierenden Sozialismus, die insbesondere nach der Stalin-Periode wieder instand gesetzt wurden, wie auch auf den antifaschistischen Impetus bei der Etablierung sozialistischer Gesellschaftssysteme nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa (108f.). Zusätzlich macht Salomon auf den progressiven Impuls

aufmerksam, den demokratische Bewegungen trotz alledem weltweit durch die Existenz des realsozialistischen Lagers erfahren haben (103f.). Dass die heutige Diskussion über die Agonie einer sogenannten „Postdemokratie“ nicht dazu führen darf, einen vergangenen Zustand als mustergültiges Beispiel real existierender Demokratie zu verklären, sondern konkrete Demokratisierung von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und damit auch von Akteuren abhängt, steht für den Autor außer Zweifel, denn: „Entscheidend für die Zukunft der Demokratie wird sein, ob es gelingt […] Proteste und Aktionen in einer neuen Bewegung der Unterklassen zu bündeln, deren Forderungskatalog nicht vor der Infragestellung bürgerlichen Eigentums an den Produktionsmitteln halt macht.“ (127)

Der Didaktiker Salomon versteht es mit bestimmten Signalwörtern, die dem Leser als Orientierungsbojen auf seiner *tour de force* durch die Geschichte der Demokratietheorie und vor allem -praxis dienen, auch sprachlich einen stringenten roten Faden zu ziehen, der jedoch keineswegs nur in eine Richtung zeigt. Ganz im Gegenteil lädt dies nach einem ersten Lesen des Buchs dazu ein, beispielsweise noch einmal alle Stellen gründlicher zu studieren, an denen der „Demokratie“-Begriff als eine „Nebelkerze“ gezündet wurde, um so bestimmte Zusammenhänge zu erkennen. Die Bibliographie, welche von den Schriften Wolfgang Abendroths über die Studien Frank Deppes zum Politischen Denken im 20. Jahrhundert und historischen Arbeiten Walter Markovs zur Französischen Revolution bis hin zu Ellen Meiksins Woods reicht, bietet zahlreiche Hinweise auf Literatur, die es ermöglicht, Einzelaspekte zu vertiefen. David Salomon hat mit „Demokratie“ nicht nur ein ansprechendes wissenschaftlich-fundiertes, sondern (gerade wegen dieser Wissenschaftlichkeit bei gleichzeitiger Zugänglichkeit) auch politisch-kämpferisches Buch vorgelegt. Es sei daher ausdrücklich nicht nur als Hilfsmittel für die theoretische Erfassung des „Demokratie“-Begriffs und damit als Ergänzung zu den eingangs erwähnten „Standardwerken“ empfohlen, wofür es mehr als dienlich ist. Auch als Kompendium in praktischen Auseinandersetzungen demokratischer und sozialer Bewegungen unserer Tage, dessen Lektüre nicht nur nützlich ist, sondern auch Spaß macht, dürfte es seinen Nutzen unter Beweis stellen.

Phillip Becher

Medien und Demokratie in Lateinamerika

Hanno Bruchmann u.a. (Hrsg.), Medien und Demokratie in Lateinamerika, Karl Dietz Verlag, Berlin 2012, 298 S., 16,90 Euro

Die Meldungen über Ereignisse in der lateinamerikanischen Medienlandschaft, die der interessierte Leser in den als seriös geltenden Organen der bundesdeutschen Presse in den vergangenen zwei bis drei Jahren lesen konnte, mussten ihn verwundern. Ob „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ oder „Süddeutsche Zeitung“: Gerade die ganz legal durch Wahlen an die Macht gekommenen linken Regierungen Lateinamerikas wurden demokratiefeindlicher Angriffe auf

die Pressefreiheit angeklagt. Auch Institutionen wie die Konrad-Adenauer-Stiftung widmeten sich ausführlich dem Thema Gängelung von Journalisten durch Lateinamerikas „Linksruck"-Regierungen. Gegen diese, wie sie es nennen „gezielte Diffamierung" haben sich linke Lateinamerika-Forscher aus der Bundesrepublik und im Medienbereich tätige Basisaktivisten Lateinamerikas auf einer im Januar 2011 von der Lateinamerika-Gruppe an der Universität Marburg organisierten Tagung gewandt. Der Sammelband enthält hauptsächlich die auf dieser Konferenz gehaltenen Beiträge.

Anlass für die Tagung und die Veröffentlichung des Konferenzbandes war nicht nur die einseitige Berichterstattung, sondern auch die Unkenntnis des deutschen bzw. europäischen Lesers über charakteristische Züge der lateinamerikanischen Medienlandschaft, die das Verständnis der jüngsten Medien- und Kommunikationsgesetzgebung der Linksregierungen in Argentinien, Ecuador, Venezuela und Bolivien erschweren.

Der Sammelband verfolgt somit zwei Anliegen: die Struktur der Medienlandschaft in Lateinamerika vorzustellen und beim Leser Verständnis für die als Knebelung der freien Presse charakterisierten gesetzgeberischen Maßnahmen der Linksregierungen zu wecken.

In den letzten Jahrzehnten, verstärkt in den 1990er Jahren – Lateinamerikas „neoliberalem Jahrzehnt" – sind auf dem Kontinent, so Dieter Boris in seinem grundlegenden Beitrag, monopolistische Medienkonzerne entstanden, die mit ihrem Interesse an größtmöglichen Gewinnen aus Werbung, Sport und Unterhaltung die Medienlandschaft in großen Teilen des Kontinents beherrschen. Die mexikanische Televisa z.B. deckt allein 85 Prozent des dortigen TV-Marktes ab. Die führenden Unternehmen in Brasilien und Venezuela bringen es auf 53 bzw. 44 Prozent. Die fünf größten Tageszeitungen beherrschen im Durchschnitt knapp 50 Prozent des Marktes dieser lateinamerikanischen Staaten. Ein öffentlich-rechtlicher Mediensektor existiert im Unterschied zu Mittel- und Westeuropa so gut wie nicht. Angesichts dieser Rahmenbedingungen konnte sich ein objektiv berichtender und urteilender Journalismus in Lateinamerika kaum herausbilden. Nicht verwunderlich ist es, dass die Print- und Telemedien, die sich in der Hand der vielfach mit der Privatwirtschaft verflochtenen Medienmogule befinden, sich über kurz oder lang auf die linken Regierungen einschossen und an Stelle der an Einfluss verlierenden rechten Parteien zur wichtigsten Stimme und zum einflussreichsten Führer der konservativen Opposition wurden.

Anders als die Berichterstattung in der Mehrzahl der bundesdeutschen Medien glauben machen will, versuchen die Linksregierungen kaum, mit inhaltlichen Vorgaben direkt die Programme zu beeinflussen. Über Veränderungen der Kommunikationsstruktur sind sie vielmehr bemüht, indirekt auf die Medieninhalte einzuwirken. Das geschieht auf zweierlei Weise: Einerseits lassen die „Linksruck"-Regierungen die Lizenzen der marktbeherrschenden Sender auslaufen, andererseits unterstützen sie unabhängige Basis-Radiostationen und lokale TV-Sender, die – eine La-

teinamerika von Europa unterscheidende Tradition – bereits bei Machtantritt der linksliberalen Regierungen zu Beginn des neuen Jahrtausends in Anfängen vorhanden waren. Die Anzahl dieser Sender hat sich im vergangenen Jahrzehnt vervielfacht. Sie werden privat, durch die Kommunen oder auch durch den Staat geführt. Das Medienangebot wird auf diese Weise diversifiziert und demokratisiert, wenn auch die großen Privatsender immer noch Radio und TV dominieren. Von einem medialen Gleichgewicht, urteilt Boris, „oder sogar der Gewinnung einer Gegenhegemonie" kann in den lateinamerikanischen „Linksruck"-Ländern noch nicht die Rede sein (42).

Auf diesem Wege sehr hilfreich sein könnte die 2005 vom venezolanischen Präsidenten Chavez geschaffene transnationale Nachrichtenagentur Telesur, die im Unterschied zu den großen Privatsendern nicht gewinnorientiert ist und die sich als Sprachrohr sozialer Bewegungen und der lateinamerikanischen „Linksruck"-Regierungen begreift.

Speziell dem Verhältnis von Medien, Politik und Ökonomie in Lateinamerika vor dem Hintergrund der aktuellen Medienreformen ist der zweite der drei grundlegenden Beiträge des Sammelbandes von Andreas Hetzer gewidmet. Aram Aharonian, ein uruguayisch-venezolanischer Journalist und Begründer von Telesur spitzt im dritten Beitrag die Forderung nach Kommunikationsverbesserung für die Völker Lateinamerikas bewusst zu: „Eine öffentliche Kontrolle der kommerziellen … Medien wird immer notwendiger. Sie haben sich in die Hauptgewalt gewandelt – noch über den drei klassischen Exekutive, Judikative und Legislative. Es gilt eine fünfte Macht zu bilden, die der Bürger, um die vier vorherigen zu überwachen." (66)

Den drei Grundsatzbeiträgen folgen Länderbeispiele: zu Medien und Medienpolitik in Venezuela, in Bolivien und in Ecuador, in Brasilien, Kolumbien und Honduras, in El Salvador und anderen zentralamerikanischen Staaten. Mit besonderem Interesse wird man den Beitrag von Johannes Schulten lesen, der auf Recherchen beruht, die der jetzige Redakteur der „jungen Welt" im Frühjahr 2010 vor Ort, in Buenos Aires, zu den Reaktionen auf die neue argentinische Mediengesetzgebung unternommen hat. Gerade die Auseinandersetzungen zwischen der Claríngruppe, dem argentinischen Multimediengiganten, und der Regierung Fernández de Kirchner um die Durchsetzung des 2009 verabschiedeten Mediengesetzes sind in Deutschland immer wieder zum Anlass genommen worden, den lateinamerikanischen Linksregierungen Verletzungen der Pressefreiheit vorzuwerfen. Das Mediengesetz markiert den Bruch zwischen den Kirchners und Clarin, nachdem die Gruppe ihre Unterstützung für die Regierungen von Nestor Kirchner und Cristina Fernandez Kirchner 2008 mit tendenziösen Berichten über die Agrarpolitik aufgekündigt hatte. Seitdem bombardiert sie die argentinische Öffentlichkeit ständig mit Nachrichten über eine drohende Rezession, hohe Verschuldung, schlechte ökonomische Stimmung und die Isolierung des Landes in der Welt, während Argentinien in Wirklichkeit zu den Schwellenländern gehört, die kaum

von der 2008 einsetzenden Weltwirtschaftskrise betroffen sind. Mit dem Mediengesetz verfolgt die Regierung vier Ziele: Eine Pluralisierung, die einher geht mit der Verstärkung nationaler Produktionen und Programme, eine Entmonopolisierung des Medienbereichs, eine stärkere Regulierung der Inhalte, z.B. zur Sicherung der Einhaltung von Jugendschutzbestimmungen, und die Schaffung einer Aufsichtsbehörde, die den Mediensektor erstmals in Argentiniens Geschichte der parlamentarischen Kontrolle unterwerfen soll.

In den vier Beiträgen des zweiten Teils des Sammelbandes, in dem vor allem Basisaktivisten zu Wort kommen, geht es einmal um eine kritische Analyse der deutschen Auslandsberichterstattung über Lateinamerika. Zum anderen werden dem Leser das Nachrichtenportal „amerika21.de“, die Zeitschrift „Lateinamerika Nachrichten“ und der „Nachrichtenpool Lateinamerika“ (npla) vorgestellt, die sich um eine realitätsnahe Berichterstattung über Entwicklungen auf dem Kontinent bemühen.

Der Sammelband rückt verzerrte Darstellungen zurecht und füllt eine Informationslücke über die jüngste Geschichte Lateinamerikas im Bereich der Kommunikation aus. Das gilt insbesondere für die Staaten der „Linksruck“-Regierungen. Die Publikation der Lateinamerikagruppe Marburg ist allen an den Geschehnissen auf diesem zukunftsträchtigen Kontinent Interessierten unbedingt zu empfehlen.

Jörg Roesler

Europäische Union und EU-Krise

Andreas Wehr, Die Europäische Union, PapyRossa, Köln 2012, 134 S., 9,90 Euro

Andreas Wehr kann aufgrund seiner theoretischen als auch praktischen Arbeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Europäischen Parlament als ein profunder Kenner der Europäischen Union gelten. Sein Buch ist eine kritische Geschichte der EU, die mit einigen langläufigen – teils bis heute bemühten – Mythen aufräumt.

Er teilt die Geschichte der Europäischen Union in drei Phasen ein. Nach einer Phase von „Aufstieg und Stagnation“ (1950-1985) folgte eine „Zeit der schnellen Integration“ (1985-2005), die in eine Phase mündete, die er mit „Rückschlägen und Krisen“ (2005-2012) umschreibt. In letztem Kapitel „Die Europäische Union: Entdemokratisierung und Sozialabbau“ – widmet er sich dem Phänomen EU, er beschreibt seine aktuelle Verfasstheit und wagt einen Ausblick auf mögliche Entwicklungsperspektiven.

Die „mystische Suche nach der verlorenen Einheit Europas“ lehnt er ab und sieht vielmehr die wirklich einigende Tat Europas „in der geschichtlichen Tatsache, dass sich auf diesem Kontinent – unter Ausbeutung der restlichen Welt – die kapitalistische Produktionsweise herausgebildet hat, die die Existenz der gesamten Menschheit bis heute prägt“ (9). Auch den Mythos, es wäre bei der Europäischen Union primär um die Verwirklichung des Friedens gegangen, widerlegt er kenntnisreich. Er sieht dahinter das politische Kalkül, sich mit der Gleichsetzung: „Europa bedeutet

Frieden“ gegen „jede Kritik an der konkreten Form der europäischen Integration“ (17) zu immunisieren.

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren es maßgeblich die USA, die „die Bedingungen, unter denen (Westdeutschland) seine Rückkehr in die Weltwirtschaft antreten musste“ (18), diktierten. Da auch Frankreich durch die verheerenden Auswirkungen des Krieges auf die Marshall-Plan-Hilfe angewiesen war, musste es ebenfalls US-amerikanische Bedingungen erfüllen. Wehr erläutert anschließend den von der Schaffung der Montanunion (dem Beginn der institutionellen europäischen Integration) ausgehenden Prozess von Aufstieg und Stagnation (bis 1985). Als große Last der Entwicklung einer Europäischen Union sieht er das Scheitern einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft, denn „die angestrebte politische Union muss [..] ohne einen Zusammenschluss im Kernbereich der Außen- und Sicherheitspolitik eine Fiktion bleiben.“ (28)

Im Kapitel über die „Zeit der schnellen Integration“ beschäftigt der Verfasser sich mit den Folgen der Krise 1974/75. Als Antwort auf die Krise konstatiert er eine „umfassende Revitalisierung des Kapitalismus“ (49). Der ‚Eurosklerose‘ sollte durch mehr Wettbewerb und mehr Binnenmarkt begegnet werden. Sehr erhellend ist an dieser Stelle die von Wehr hergestellte Kausalität zwischen der Schaffung des Europäischen Binnenmarktes und der heutigen Krise in einigen europäischen Staaten (etwa Griechenland); denn der „europaweit aufgenommene Wettbewerb der Beitrittsländer ging zu Lasten der schwachen Peripherieländer der alten EU, verfügten diese Volkswirtschaften doch über ein vergleichbares Produktionsniveau wie die neu Hinzukommenden“ (74).

Die „Rückschläge und Krisen“ von 2005 bis 2012 (faktisch bis heute) skizzieren die letzte Phase. Nach dem sich der Autor mit dem gescheiterten Verfassungsvertrag auseinandergesetzt hat, wendet er sich der Euro-Krise zu. In diesem Kontext führt er den diagnostizierten Gegensatz zwischen Kern und Peripherie an und erläutert, dass es vor allem „die überlegenen Konzerne Kerneuropas seien, insbesondere die Deutschlands“ (104), die durch den freien EU-Binnenmarkt bevorteilt werden.

Abschließend analysiert Wehr die EU als neues Phänomen und wendet sich dann der Entdemokratisierung und dem Sozialabbau zu. Die Europäische Union sei „Ausdruck der objektiven Vergesellschaftung der Ökonomie im Sinne einer immer arbeitsteiligeren und immer größere Räume umfassenden Produktion und Konsumtion“ (116). Allerdings sind der beschriebenen Vergesellschaftung Grenzen gesetzt, da „die EU als regionale Form dieser Internationalisierung (gemeint ist die Globalisierung der kapitalistischen Produktion, P. Ö.) von imperialistischen Staaten getragen wird“ (117). Für Wehr ist die EU „kein neuer Staat“, denn es fehle „an der entscheidenden Grundlage für eine solch neue Qualität, an einer übergreifenden transnationalen Klasse“ (117). Für ihn bildet die EU „eine entwickelte Form der Kooperation von Staaten“, ist aber zugleich auch „Austragungsort des Kampfes zwischen ihnen“ (118). Im Zusammenhang dieser Analyse führt er auch das

grundlegende Defizit an Demokratie der EU als „Ergebnis der imperialistischen Vergesellschaftung als deformierte Vergesellschaftung“ (120) an. Da europäische Mitgliederparteien, handlungsfähige Gewerkschaften und Räume für öffentliche Auseinandersetzungen so gut wie nicht existent sind, könne auf dieser Ebene der Kampf um Demokratie und soziale Rechte nicht geführt werden. Daher sei es „nur konsequent, wenn die Arbeiterbewegung, die für erfolgreiche Kämpfe auf den Erhalt und den Ausbau der Demokratie existentiell angewiesen [ist], jeder weiteren Übertragung von Kompetenzen an die EU Widerstand“ (123) leiste.

Andreas Wehr zeichnet die Geschichte der Europäischen Union kenntnisreich nach. Ein analytischer und argumentativer roter Faden ist vorhanden und ermöglicht viele heutige Umstände aus der historischen Entwicklung heraus zu verstehen. Sehr überzeugend ist die Dekonstruktion einiger europäischer Mythen, instruktiv die Einbeziehung von Verträgen, Bestimmungen und deren Auswirkungen auf die Europäische Union.

Wehrs Ansatz ist von einem „klassischen“ Imperialismusbegriff geprägt – „Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ (Lenin). Entlang ökonomischer Leitlinien skizziert er ein Bild der Union, dass durch imperialistisches Machtstreben und vor allem das (Konkurrenz-)Verhältnis Deutschland-Frankreich bestimmt ist. Nach Wehr ist es das (imperialistische) Monopolkapital, das die Europäische Integration bestimmt hat. Dem ist grundsätzlich zu zustimmen, allerdings liegt in der rein ökonomischen Betrachtungsweise auch eine Schwäche der Analyse. Denn es wird kaum analysiert, welche spezifische Formbestimmung der Staat im engeren Sinne im heutigen internationalisierten Kapitalismus aufweist. Gemeint ist hier das Problem der Trennung verselbständigter staatlicher Apparate von der Gesellschaft, in denen gesellschaftliche Auseinandersetzungen – wenn auch gebrochen – stattfinden und sich dort materialisieren und widerspiegeln.

Dies ist zweifellos ein aktuelles Diskussionsproblem. Wehrs Analyse beinhaltet ein neorealistisch inspiriertes Hegemoniekonzept, das Hegemonie als Dominanz eines ökonomisch und militärisch mächtigen Nationalstaats begreift. Im „Neo-Gramscianismus“ der „Internationalen Politischen Ökonomie“ wird Hegemonie dagegen anders, „als ein konsensual abgestützter Modus transnationaler Vergesellschaftung“ (Deppe), verstanden. Anhand einer neogramscianischen Perspektive kann aufgezeigt werden, wie es den Herrschenden (und vor allem welchen) gelungen ist, den Kapitalismus zu transformieren – gemeint ist der „Strukturwandel der Europäischen Union“ (Ziltener) von der monnetschen hin zur wettbewerbsstaatlichen Integrationsweise. Wehr spricht hier lediglich von einer „umfassenden Revitalisierung des Kapitalismus“ (49). Aber in welchen Formen ist dies erfolgt? Gerade im Hinblick auf mögliche Widerstandsperspektiven und deren (europäische) Vernetzung wäre eine genauere Analyse der zahlreichen kapitalistischen AkteurInnen im nationalen wie im europäischen Kontext hilfreich.

Patrick Ölkrug

Global City Frankfurt – Wem gehört die Stadt?

AK Kritische Geographie (Hrsg.), Wem gehört Frankfurt? Dokumentation des aktionistischen Kongresses vom März 2012, organisiert aus dem „Wem gehört die Stadt?"-Netzwerk, Frankfurt/M. (= Forum Humangeographie 9, 2012. Online unter: http://www.neuordnungen.info/2012/09/17/neuerscheinung-wem-gehort-frankfurt/

Die Verschärfung sozialer Ungleichheiten, eine zunehmende Postdemokratisierung der lokalen Politik und eine Ökonomisierung der Stadtentwicklung sind Stränge neoliberaler Stadtentwicklung, deren Auswirkungen sich anhand der Frage erfassen lassen: „Wem gehört die Stadt?" Um diesen Entwicklungen in Frankfurt nachzuspüren und sie in einen übergreifenden Kontext neoliberaler Stadtentwicklung einzuordnen, fand im März 2012 der aktionistische Kongress „Wem gehört Frankfurt?" statt, dessen Dokumentation hier zu besprechen ist.

Die Tagung hatte den Anspruch, „eine schlaglichtartige Analyse und Kritik urbanen Lebens in und um Frankfurt" zu geben. Bei thematischer Gliederung in drei Teile: (I.) „Wem gehört die Stadt?", (II.) „Wem gehört Frankfurt?" und (III.) „Wie weiter?", ist es gelungen, eine große Bandbreite zwischen (theoretischer) Analyse und (praktischer) Kritik auf lokaler wie überregionaler Ebene abzudecken. Die Dokumentation führt in aktuelle Konflikte und Konfliktsituationen in und um die Stadt Frankfurt ein. Darüber hinaus bietet sie Material und fundierte Analysen zu einigen überregionalen Tendenzen neoliberaler Stadtentwicklung – und ermöglicht es so, lokale Erfahrungen auf einer theoretischen wie praktischen Ebene mit den Erfahrungen aus anderen Kontexten zu vergleichen. Der Band wendet sich an wissenschaftlich Interessierte zu den Themen Neoliberalisierung und (soziale) Konflikte in urbanen Kontexten sowie an Aktivist_innen in „Recht-auf-Stadt"-Zusammenhängen.

In dem Band finden sich bekannte Autor_innen kritisch-geographischer Stadtforschung und Aktivist_innen verschiedener Initiativen. Neben den „typischen" Recht-auf-Stadt-Themen Wohnraum und Mieten werden auch die Situation von Migrant_innen, die Frage nach den Arbeitsverhältnissen in der Stadt, die Verbindung von sozialen und ökologischen Fragen und der Diskurs um „Kreativität und Vielfalt" in den Blick genommen. Eine nahezu ironische Anekdote stellen die Querelen der Stadt Frankfurt mit dem Standort der Frankfurter Börse dar, die deutlich machen, dass „städtische Eliten (…) es nicht in der Hand haben, dass und wie sich ihr ‚Unternehmen Stadt' auf dem Weltmarkt schlägt, und zwar u.a. in dem Maße nicht, wie scheinbar ortsgebundene Unternehmen strategisch die Region gegen die Stadt nutzen, um auf dem Weltmarkt zu reüssieren (...)". Ein besonders erschreckendes Beispiel ist die Auseinandersetzung um Arbeits- und Gewerkschaftsrechte beim Unternehmen „Maredo", bei der die prekäre Lage Lohnabhängiger deutlich wird, die sich in der Verschneidung mit Diskriminierungsformen wie „Migrationshintergrund" noch verschärfen kann.

Anspruch des Readers ist es, neben der Analyse problematischer und kon-

flikthafter Entwicklungen auch Möglichkeiten des „wie weiter“ aufzuzeigen. Die in diesem Teil versammelten Beiträge sind durchaus spannend (lokales online-Zeitungsprojekt, gemeinschaftliches Wohnen, Vergleichsmieten und der Ansatz des „guten Lebens“), lassen aber mehr Fragen offen, als sie beantworten: Inwiefern können diese Ansätze die – in den Analysen zumeist konstatierten – systemimmanenten Ursachen der Probleme überwinden? Stellt nicht z.B. gerade das Vergleichsmietensystem eine Form der Legitimierung marktangepasster Mieter dar? Inwieweit können gemeinschaftliche Wohnprojekte über ein (Halb-)Insel-Dasein im Kapitalismus eine (soziale) Veränderung bewirken, wo stoßen sie an Grenzen? Wären die unter „wie weiter“ aufgeführten Beiträge nicht auch als Analysen des Bestehenden im Abschnitt „Wem gehört Frankfurt?“ besser aufgehoben? Oder anders gefragt: könnten und sollten nicht auch grundlegendere Utopien (wieder-)angeeignet werden, um die neoliberale Stadt herauszufordern? Eine interessante Perspektive bietet dabei der im Beitrag über gemeinschaftliches Wohnen genannte „Leerstandsmelder“, der vielleicht nicht nur zu einer „Leerstandsabgabe“ zugunsten kommunaler Haushalte dienen könnte, sondern auch eine Plattform zur ganz praktischen Aneignung von (öffentlichen) Räumen darstellen kann.

Joscha Metzger